

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abg. Mag. Gerhard Kaniak, Dr. Dagmar Belakowitsch, Peter Wurm, Dr. Susanne Fürst, Mag. Gerald Hauser
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem COVID-19-Maßnahmengesetz – COVID-19-MG) abgeschafft wird

eingebraucht im Zuge der Debatte zu Top 4) Bericht des Gesundheitsausschusses über das Volksbegehren (1660 d.B.) "KEINE IMPFPFLICHT" in der 197. Sitzung des Nationalrats am 1. Februar 2023

Alle Covid-19-Maßnahmen haben sich als unverhältnismäßig und untauglich erwiesen. Die aktuelle Situation betreffend Corona lässt eine Aufrechterhaltung dieser Maßnahmen nicht mehr zu. Neben der bereits 2022 wieder abgeschafften Covid-19-Impfpflicht sollen daher auch alle anderen Covid-19-Maßnahmen und deren gesetzliche Grundlagen beseitigt werden. Deshalb ist das Covid-19-Maßnahmengesetz (Covid-19-MG) mit 2. Februar 2023 endgültig außer Kraft zu setzen.

Daher stellen die unterzeichnenden Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird ersucht, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage über ein Bundesgesetz, mit dem COVID-19-Maßnahmengesetz – COVID-19-MG) abgeschafft wird zuzuleiten.“

In diesem Bundesgesetz soll insbesondere folgende Gesetzespassage beinhaltet sein:

§ 13 Abs 8 COVID-19-Maßnahmengesetz lautet:

„Dieses Bundesgesetz tritt mit 2. Februar 2023 außer Kraft.“



 (WURM) (FÜRST) (STEGER) (KANIAK)

 (BELAKOWITSCH) (HAUSER)

